

Zeichen der Zeit



Zikkurat von Ur in Chaldäa – Irak – Heimat Abrahams und Saras Foto: H. Brantzen

Inzwischen will Europa 10.000 geflohene Christen aus dem Irak aufnehmen. Nach Deutschland sollen 2.500 kommen.

Zuvor erschien in "Christ in der Gegenart", Nr. 46 /2008, Seite 516, der folgende Artikel:

Verfolgt in Mossul

Die Jagd auf Christen durch Moslems erreicht jetzt auch den ehemals "sicheren" Nordirak.

"Wir sind in Gedanken bei denen, die ermordet, entführt und beraubt wurden oder die angesichts der Bedrohung ihres Lebens und ihres Eigentums ihr Zuhause verlassen mussten", sagte Hans Marte, Präsident der Österreichischen Ökumene-Stiftung "Pro Oriente", in einem Solidaritäts- Telegramm an Bischof Louis Sako von Kirkuk. Tatsächlich gibt es immer neue Nachrichten von Vertreibungen, Morden, Massenfluchten, insbesondere aus Mossul. Das Kurdengebiet galt bis vor kurzem noch als ungefährlich. Obwohl sich die Kirchen bei der Bundesregierung dafür eingesetzt hatten, Flüchtlinge aus dem Irak, insbesondere Christen und andere religiöse Minderheiten, möglichst bald aufzunehmen, haben die Politiker, die anfangs ihre Bereitschaft erklärt hatten, sich bis jetzt nicht zu einer Hilfe durchringen können, auch nicht auf europäischer Ebene.

Unterdessen sind die chaldäisch-katholischen Bischöfe in Arbil, der Hauptstadt der autonomen kurdischen Region des Irak, zu Beratungen zusammengekommen. Bischof Rabban al-Qas von Amadia bezichtigte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur "AsiaNews" die irakische Regierung, der Gewalt gegen die christliche Minderheit tatenlos zuzusehen. Al-Qas betonte die schwerwiegende Mitverantwortung der amerikanischen Besatzer und der Vertreter der Vereinten Nationen: "Unter ihren Augen morden die Terroristen, zünden Häuser und Kirchen an, vertreiben die Christen, ohne dass die Behörden von Mossul den geringsten Versuch unternehmen, Menschen zu verteidigen, deren einzige Schuld darin besteht, Jünger Christi zu sein."

Der anhaltende Machtkampf zwischen bewaffneten muslimischen Gruppen um Ressourcen und Gebiete droht die Christen regelrecht zu zermalmen. Aus Bagdad flohen die Menschen zu Tausenden vor dem Terror der sunnitischen al-Qaida. Kriminelle Banden und religiöse Eiferer der Schiiten haben die Christen aus Basra im Süden vertrieben. Nun ist der Hass auch im Norden ausgebrochen, wo zuvor Zehntausende aus dem Süden Zuflucht suchten. Der "Spiegel" nannte den Konflikt in den ethnisch wie religiös gemischten Nordprovinzen des Irak einen "stillen Krieg".

Erzbischof Louis Sako vermutet gezieltes Vorgehen der Politik gegen die Christen. Zuletzt habe das Parlament ein Wahlgesetz gekippt, das für die religiösen Minderheiten des Landes in den Regionalparlamenten eine feste Anzahl von Sitzen vorsah. Nach internationalen Protesten, auch aus dem Vatikan, wurde eine Quotenregelung wieder eingeführt. Allerdings sieht das neue Gesetz weit weniger Sitze für die Christen vor als es im alten der Fall war. Im Januar soll im Irak gewählt werden.